Einschreiben

REHAU AG + Co
Otto-Hahn-Straße 2
95111 Rehau

Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG);
Wesentliche Änderung der Anlagen zur Behandlung der Oberflächen von Gegenständen
 durch Bedrucken, Beschichten oder Lackieren unter Verwendung von Lösemitteln
(Kantenband- und Kalanderfertigungsanlagen), einschließlich der dazugehörigen
Trocknungsanlagen, sowie Errichtung und Betrieb einer regenerativ-thermischen
Abluftreinigungsanlage auf dem Grundstück Flur-Nr. 641 der Gemarkung Rehau
(Regnitzlosauer Str. 1) durch die Fa. Rehau AG + Co

Anlagen:
1 genehmigter Plansatz
1 Kostenrechnung

Das Landratsamt Hof erlässt folgenden

B 

Bescheid:

1. Genehmigung der wesentlichen Änderung nach 16 BImSchG

Die Fa. REHAU AG + Co, Otto-Hahn-Straße 2, 95111 Rehau, erhält die Genehmigung
zur wesentlichen Änderung der Anlagen zur Behandlung der Oberflächen von
Gegenständen durch Bedrucken, Beschichten oder Lackieren unter Verwendung von
Lösemitteln (Kantenband- und Kalanderfertigungsanlagen), einschließlich der
dazugehörigen Trocknungsanlagen, sowie zur Errichtung und zum Betrieb einer zweiten
regenerativ-thermischen Abluftreinigungsanlage auf dem Grundstück Flur-Nr. 641 der
Gemarkung Rehau (Werk SCANDIUM, Regnitzlosauer Straße 1) entsprechend der
Eingabeplanung 29.02.2012 (Eingang im Landratsamt am 26.3.2012) und der
vorgelegten technischen Beschreibungen.

2. Nebenbestimmungen

2.1 Aufhebung von Nebenbestimmungen

Die Nebenbestimmungen Ziff. 4.1.1, 4.1.2 und 4.2.1.1 des immissionsschutzrechtlichen
2.2 Anlagen und Betriebskenndaten

2.2.1 Technische Einrichtungen

- Kantenbandbeschichtungsanlagen
- Kalanderfertigung
- regenerative Nachverbrennungsanlagen

Allgemeines hierzu:
Hauptschadstoffe sind Gemische aus Methylethylketon, MTV- Verdünnung, Toluol, Aceton, n-Butylacetat, Cyclohexanon usw.
Angenommener Heizwert: 46.000 kJ/kg Corg.

2.2.2 Kantenbandfertigung

- Extrusionsanlagen für mit elektrisch beheizten Schneckenextrudern
und gekapselte Aufbringestationen für Haftvermittler, Druckfarben und Lack
max. Jahresproduktion: 
Einsatzstoffe: Kunststoffgranulate max.

2.2.3 Regenerative Nachverbrennungsanlage (RNV)

Hersteller: Rotamil Anlagen- und Ventilatorenbau GmbH
Typ: OXIDATOR 22000/3K
Stützbrennstoff: Erdgas, Heizwert ca. 36000 kJ/Nm³
Brennstoffdurchsatz: max. 50 m³/h
Installierte Brennerleistung: ca. 400 kW
Brennkammertemperatur: ca. 850 °C
Durchsatz (min.): 
Durchsatz (max.): 
Prozesslufttemperatur: 40 °C

2.2.4 Leistungsdaten

Einsatzstoffe: lösemittelhaltige Haftvermittler, Farben und Lacke
Lösemittelverbrauch: Tonnen/Jahr

2.3 Luftreinhaltung

2.3.1 Anforderungen an den Betrieb

2.3.1.1 Die Verwendung von Stoffen und Zubereitungen, die eingesetzt werden und denen auf
Grund ihres Gehaltes an nach der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen
Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung,
Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und
Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der
Verordnung (EG) Nr. 790/2009 (ABl. L 235 vom 05.09.2009, S.1) geändert worden ist,
as krebs erzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend eingestuften
flüchtigen organischen Verbindungen die Gefahrenhinweise 1-1340, H350, 11350i, H360D
oder 1-1360F oder die R-Sätze R 45, R 46, R 49, R 60 oder R61 zugeordnet sind oder
mit diesen Sätzen zu kennzeichnen, sind ab dem 1. Juni 2015 eingesetzt werden und
denen aufgrund ihres Gehaltes an nach der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 als
den Krebsanzeiger, erbkrankenverändernd und fortzurichtungsgefährdend eingestuften
flüchtigen organischen Verbindungen die Gefahrenhinweise H340, H350, H350i, H360D
oder 11360F zugeordnet sind oder mit diesen Sätzen zu kennzeichnen sind, oder
eingesetzte Stoffe oder Gemische, die flüchtige organische Verbindungen enthalten, die
nach § 21 Abs. 4 der Gefahrstoffverordnung als Stoffe mit einer krebsanzeigenden,
erbkrankenverändernden oder fortzurichtungsgefährdenden Wirkung bekannt gegeben worden
sind, ist nicht zulässig. Dabei ist die jeweils geltende Fassung zu beachten.

Eine Bestätigung des Herstellers hierüber ist mit den Sicherheitsdatenblättern über
mindestens 3 Jahre aufzubewahren und dem Landratsamt Hof auf Verlangen
vorzulegen.

2.3.1.2 Eine Auflistung der verwendeten Lösemittel ist dem LRA Hof unaufgefordert vorzulegen.

2.3.1.3 Die Emissionen einer Anlage an flüchtigen organischen Verbindungen, den der R-Satz
R40 zugeordnet ist, dürfen auch beim Vorhandensein mehrerer dieser Verbindungen,
einen Massenstrom von 100 g/Std. oder in gefassten Abgasen eine Massenkonzentration von
20 mg/m³
nicht überschreiten.

2.3.2 Anforderungen an die regenerative Nachverbrennungsanlage (RNV)

Anforderungen zur Emissionsminderung, Emissionsbegrenzung

2.3.2.1 Die Beschichtungsanlagen dürfen erst in Betrieb genommen werden, wenn die
Mindestbrennkammertemperatur der RNV erreicht ist. Als
Mindestbrennkammertemperatur für die RNV gilt bis zur Festlegung im Rahmen der
erstmaligen Messung (siehe 3.2.4) die im Rahmen der Inbetriebnahme durch den
Hersteller ermittelte Temperatur, mindestens jedoch eine Temperatur von 800 °C.

2.3.2.2 Die Brennkammertemperatur der RNV ist kontinuierlich zu erfassen und aufzunehmen.
Bei Unterschreitung der festgelegten Mindestbrennkammertemperatur ist ein akustisches
und optisches Signal an einer Stelle auszulösen, das vom Bedienpersonal einzusehen
ist.

2.3.2.3 Die beim Beschichten der Kunststoffoberflächen an den Beschichtungsanlagen für
Halbvermittler und lösemittelhaltige Farben (Farbe), den
zugelassenen zentralen Versorgungseinrichtungen und den Reinigungsstationen
freiwerdenden Lösemittel sind mittels ausreichend dimensionierter Absaugung
möglichst vollständig zu erfassen und einer oder mehreren thermischen
Abgasreinigung(en (RNV) zuzuführen.

2.3.2.4 Im Abgas der RNV dürfen die Emissionskonzentrationen folgende Werte, bezogen auf
Abgas im Normzustand (1013 hPa, 273 K) nach Abzug des Wasserdampanteils,

<table>
<thead>
<tr>
<th>Summe der organischen Stoffe</th>
<th>20 mg/m³, angegeben als Gesamtkohlenstoff</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Kohlenmonoxi oxid</td>
<td>0,10 g/m³</td>
</tr>
<tr>
<td>Stickstoffmonoxid und -dioxid</td>
<td>71 mg/m³, angegeben als Stickstoffdioxid</td>
</tr>
</tbody>
</table>

2.3.3 Abgasreinigungsanlage - Betrieb und Wartung -

Die Abgasreinigungsanlage und die dazu gehörenden Aggregate sind wie folgt zu warten
und zu betreiben:
Für den Betrieb und die Wartung der Abgasreinigungsanlagen sind die Bedienungsanweisungen des Herstellers zu berücksichtigen.

Die Abgasreinigungsanlage ist regelmäßig auf Funktionsfähigkeit überprüfen und entsprechend den Vorgaben des Herstellers zur warten.

Längerfristige Betriebsstörungen der Abgasreinigungsanlage, die die Emissionsverhältnisse verändern, sind dem Landratsamt unverzüglich zu melden.

Im Falle von Störungen des bestimmungsgemäßen Betriebs der Nachverbrennungsanlage, die zu Überschreitungen der unter Ziff. 3.2.1.4 genannten Emissionsgrenzwerte führen können, sind die Anlagen so schnell als technisch und aus Gründen des Arbeitsschutzes möglich, jedoch spätestens nach 12 Stunden, außer Betrieb zu nehmen. Das Landratsamt Hof, Fachbereich 504, ist unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 24 h nach Auftreten einer Störung an der Nachverbrennungsanlage über die Störung zu informieren.

Für die Abgasreinigungsanlagen und deren Mess- und Regeltechnik sind in ausreichendem Maße Ersatzteile vorrätig zu halten.

Die Ergebnisse der regelmäßigen Überprüfung, Angaben über Wartungsarbeiten und Störungen sowie getroffene Abhilfemaßnahmen an der Abgasreinigungsanlage sind in ein Betriebsbuch einzutragen, welches über eine Dauer von 5 Jahren nach der letzten Eintragung am Betriebsort aufzubewahren und dem Landratsamt auf Verlangen zur Einsichtnahme vorzulegen ist.

2.3.4 Ableitung der Abgase — Ableitbedingungen

Die gereinigten Abgase der RNV sind in einer Höhe von 5 m über Dach der südlich angrenzenden Halle SC mit einer Mindestaustrittsgeschwindigkeit der Abgase von 7 m/s abzuleiten. Bezogen auf die Höhe der Erdgleiche nördlich der Kalanderhalle muss die Schornsteinhöhe mindestens 13 m betragen.

Der Schornstein muss senkrecht nach oben münden und darf nicht überdacht werden. Zum Schutz vor Regeneinfall kann ein Deflektor aufgesetzt werden.

2.3.5 Erstmalige und wiederkehrende Messung

2.3.5.1 Frühestens nach dreimonatigem Betrieb und spätestens sechs Monate nach Inbetriebnahme bzw. nach wesentlicher Änderung des Betriebes und in der Folge nach Ablauf von jeweils drei Jahren sind durch Messungen eines nach § 26 BImSchG bekanntgegebenen Institutes die tatsächlichen Emissionsverhältnisse nachzuweisen.

2.3.5.2 Im Rahmen der erstmaligen Überprüfung der Emissionen der RNV ist die Mindestbrennkammertemperatur zu ermitteln, bei der die festgelegten Emissionsbegrenzungen sicher eingehalten werden.

2.3.5.3 Die Messungen sind entsprechend den Anforderungen der TA Luft zur Messplanung (Nr. 5.3.2.2), zur Auswahl vonMessverfahren (Nr. 5.3.2.3) und zur Auswertung und Beurteilung der Messergebnisse (5.3.2.4) durchzuführen.

2.3.5.4 Die Messplanung und die Probenahme sollen der DIN EN 15259 (Ausgabe Jan. 2008) entsprechen.

2.3.5.5 Der Termin der Emissionsmessungen ist dem Landratsamt Hof jeweils spätestens acht Tage vor Messbeginn mitzuteilen.

2.3.5.6 Über das Ergebnis der Abnahme- und Wiederholungsmessungen sind Messberichte zu erstellen. Die Messberichte sind entsprechend dem Anhang der DIN EN 15259
Die Messungen der Massenkonzentration an verbrennbaren organischen Verbindungen sind gemäß der Richtlinie VDI 3481, Blatt 1 "Messen der Kohlenwasserstoff-Konzentration, Flammen-Ionisations-Detektor" durchzuführen. Dem beauftragten Messinstitut sind die für die Erstellung des Messberichtes erforderlichen Daten und Angaben zur Verfügung zu stellen.

Im Falle von erstmaligen Messungen nach Errichtung, von Messungen nach wesentlichen Änderungen oder von wiederkehrenden Messungen sind die festgelegten Anforderungen dann eingehalten, wenn das Ergebnis jeder Einzelmessung zuzüglich Messunsicherheit die festgelegten Emissionsgrenzwerte nicht überschreitet.


Messplätze müssen ausreichend groß, über sichere Arbeitsbühnen und Verkehrswege leicht erreichbar und so beschaffen sein, dass eine repräsentative und messtechnisch einwandfreie Emissionsmessung möglich ist.

Hinsichtlich des Lärmschutzes sind die Bestimmungen der Sechsten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum BImSchG vom 26.08.1998 „Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm" (AMIMB. S. 501) zu beachten.


<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>tags</th>
<th>nachts</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>55 dB(A)</td>
<td>40 dB(A)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

des nördlich, westlich und südlich gelegenen Mischgebiets (MI) (insbesondere die Wohngebäude Fl. Nr. 669/5, 699/7 und 1330/3) von

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>tags</th>
<th>nachts</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>60 dB(A)</td>
<td>45 dB(A)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

und des umliegenden Gewerbegebiets (GE) (insbesondere Büro- bzw. Wohngebäude Fl. Nr. 699/6 u. 697/1) von

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>tags</th>
<th>nachts</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>65 dB(A)</td>
<td>50 dB(A)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

nicht überschreiten. Die Nachtzeit beginnt um 22.00 Uhr und endet um 6.00 Uhr des
darauf folgenden Tages. Die Richtwerte für den Beurteilungspegel sind auf einen Bezugszeitraum von 16 Stunden während des Tages und die ungünstigste Stunde während der Nacht bezogen.

Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen die Immissionsrichtwerte am Tage um nicht mehr als 30 dB(A) und in der Nacht um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten.

2.4.3 Der Schallleistungspegel der RNV darf (insgesamt einschließlich aller Anlagenteile und Ventilatoren) den Wert vom 87,5 dB(A) nicht überschreiten. Die Geräusche dürfen keine tiefrequenten Anteile oder Einzeltöne enthalten.

2.4.4 Sofern wider Erwarten der zulässige Schallleistungspegel für die RNV überschritten wird (z. B. bei Vollastbetrieb) sind für eine Reduzierung der abgestrahlten Schallleistung mindestens folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Änderung des Abblasventils am Bypass
- Verkleidung unterhalb des Oxidators im Bereich der Tellerventile.

Hinweis:

3. Kostenentscheidung